



Foto links:
Mahnwache gegen die
Bombardierung Libyens
durch NATO-Truppen 2011.
© Fraktion DIE LINKE,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Protest in Hamburg 2012.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Klimawandel, Krieg und Flucht

Wie Krieg und Klimawandel eine menschliche Katastrophe in Libyen bedingte und ein erweitertes Asylsystem Klimamigration anerkennen könnte

In den letzten Monaten wurden von unterschiedlichsten Politiker*innen, wie auch vom Bundeskanzler Olaf Scholz, immer wieder die Begrenzung der Migration gefordert. Dabei sollte längst klar sein, dass Abschottung Menschen nicht davon abhält, zu fliehen. Diese fliehen u.a. vor stärker werdenden Umweltveränderungen, instabilen Lebensverhältnissen und Naturkatastrophen. Doch diese Auswirkungen des Klimawandels zählen beispielsweise in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht als Asylgrund. Das ist fatal, insbesondere wenn die Auswirkungen der Klimakrise gerade auf eine durch gewaltsame Konflikte instabile Region trifft. In der Folge führt das unweigerlich zu einer menschlichen Katastrophe: Wie in Libyen Anfang September 2023.

Am 11. September kam es durch starken Niederschlag im Osten Libyens zu großen Überschwemmungen. Besonders stark wurde die Hafenstadt Darna getroffen, in der ganze Viertel durch die Wassermassen ins Mittelmeer geschwemmt wurden. Dabei verloren mehr als 11.000 Menschen ihr Leben und machte über 40.000 Menschen obdachlos. Unter den Todesopfern sind auch zahlreiche nicht registrierte Migrant*innen. Libyen ist ein Transitland: Viele Menschen versuchen über Libyen nach Europa zu flüchten. Gerade mit Blick auf die Fluchtroute über das Mittelmeer spielt die EU eine tödliche Rolle, indem sie die libysche Küstenwache für das Abfangen und Wegsperrern der Flüchtenden finanziert und unterstützt.

Diese Naturkatastrophe ist menschengemacht und wurde durch verschiedene Faktoren verschlimmert. Auf der einen Seite werden solche Regenfälle in Libyen durch den Klimawandel 50-mal wahrscheinlicher (Zachariah 2023). Auf der anderen Seite ist das Land seit dem Sturz des Diktators al-Gaddafi 2011 aufgrund des Bürgerkriegs besonders instabil. Dies bedingte das Ausbleiben notwendiger Investitionen in wichtige Infrastruktur, sodass in Folge des Regens zwei Dämme brachen, die die Katastrophe erst ermöglichte.



© Privat

Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist politischer
Bildungsreferent im
BSV-Projekt ‚Solidarität
entdecken und leben‘.



Foto links:
Geflüchtete, die,
aus Libyen kommend,
von der Seawatch
aufgenommen wurden.
© brainbitch,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Flutkatastrophen kennen
wir auch in Deutschland
spätestens seit 2021.
Gedenkkerzen an der Ahr.
© Max Gerlach,
CC BY-SA 2.0 DEED

Die Überschwemmung in Libyen zeigt, dass Krieg nicht nur ein instabiles und tödliches Umfeld schafft, sondern auch wichtige Investitionen zur Klimaanpassung verhindert. Zum anderen verstärkt die Klimakrise die Situation in instabilen Regionen und macht so weitere bewaffnete Konflikte um Macht und übriggebliebene Ressourcen wahrscheinlicher (Mach 2019). Dies führt unweigerlich zu vermehrter Flucht aus diesen Gebieten. Hierbei flüchten die Menschen zum Großteil in nahegelegene Regionen, da sich nur die Wenigsten eine Flucht über lange Distanzen leisten können. Daher braucht es sowohl Hilfe und Unterstützung vor Ort als auch sichere Fluchtrouten nach Europa sowie eine Chance auf Asyl in sicheren Ländern.

Hierfür schlägt der Sachverständigenrat für Migration und Integration (SVR) eine Erweiterung des deutschen Asylsystems in drei Bereichen vor. Der Klima-Pass soll Bürger*innen von Staaten, die ihr Territorium verlieren, die dauerhafte Einwanderung ermöglichen. Für Migrant*innen soll mit der Klima-Card ein befristeter Aufenthalt erlaubt werden, bis ihre Herkunftsländer ausreichende Anpassungsmaßnahmen vollzogen haben. Das Klima-Arbeitsvisum soll Bürger*innen von nicht allzu stark betroffenen Ländern die Arbeit in Deutschland ermöglichen (SVR 2022).

Diese Vorschläge könnten die Situation der vom Klimawandel betroffenen Menschen entlasten und ihnen eine Perspektive geben. Ob die Umsetzung dieser Optionen allerdings ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist in der aktuellen Situation schwer vorstellbar. Daher bleibt festzuhalten, dass Frieden und die radikale Eindämmung der Klimakrise die nachhaltigste Chance auf ein Leben in Sicherheit und Beständigkeit für alle auf einen intakten Planeten sicherstellt.

Quellen:

Mach, K.J. et al (2019): *Climate as a risk factor for armed conflict*; Nature, Advance Online Publication.

Sachverständigenrat für Integration und Migration gGmbH (2022): *Systemrelevant: Migration als Stütze und Herausforderung für die Gesundheitsversorgung in Deutschland*, SVR gGmbH, Berlin.

Tagesschau (20.10.2023): „Wir müssen schneller Abschieben“. Kanzler Scholz zur Asylpolitik, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scholz-abschiebungen-100.html>.

Zachariah, M. et al. (18.09.2023): *Interplay of climate change-exacerbated rainfall, exposure and vulnerability led to widespread impacts in the Mediterranean region*, Grantham Institute for Climate Change.